

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Claudio Jupe (CDU)

vom 29. Juni 2015 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Juni 2015) und **Antwort**

Verbraucheraufklärung Jugend/Schulen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie ist der Stand der Integration von Verbraucherbildung in dem Bildungsbereich der Schulen?

Zu 1.: Verbraucherbildung ist als übergreifendes Thema verbindlich im Berliner Rahmenlehrplan verankert, weist zahlreiche Anknüpfungspunkte zu bereits etablierten Schulfächern und Lerninhalten in allen allgemeinbildenden Schulen auf und ermöglicht in besonderer Weise handlungsorientiertes, interdisziplinäres und vernetztes Lernen. Verbraucherbildung kann auch außerunterrichtliche Aktivitäten einschließen und in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern erfolgen, so dass der genaue Stundenumfang spezieller Themen nicht im Einzelnen zu quantifizieren ist. Das Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik an Integrierten Sekundarschulen bildet in diesem Zusammenhang ein Leitfach, in dem viele Inhalte der Verbraucherbildung thematisiert werden. Darüber hinaus wurde die Erarbeitung curricularer Vorgaben für den Lernbereich Verbraucherbildung in Auftrag gegeben. Diese sollen Lehrkräften Anregungen geben, wie die verschiedenen Dimensionen der Verbraucherbildung fachübergreifend so zusammengeführt werden können, dass Schülerinnen und Schüler als mündige Verbraucherinnen und Verbraucher verantwortungsbewusst handeln können.

2. Wann ist mit einem Bericht / Vollzug des gemeinsamen Wunsches zur Verbreitung von Verbraucherbildung in der nachwachsenden Generation zu rechnen?

3. Gibt es Hindernisse und wenn ja, welche (weshalb)?

Zu 2 und zu 3.: Die Veröffentlichung der curricularen Vorgaben für den Lernbereich Verbraucherbildung ist nach der Inkraftsetzung des neuen Rahmenlehrplans vorgesehen. Es wird, wie bei dem neuen Rahmenlehrplan, eine Anhörungsphase geben.

Berlin, den 13. Juli.2015

In Vertretung

Mark Rackles
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Juli 2015)